



Mag. Gerhard Karner
Bundesminister

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2025-0.535.290

Wien, am 8. August 2025

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Hermann Brückl, MA hat am 16. Juni 2025 unter der Nr. **2594/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Illegale Grenzübertritte nach Bayern und Zurückweisungen durch den deutschen Bundesgrenzschutz“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2:

- *Wie viele Zurückweisungen illegaler Grenzübertritte seitens der deutschen Sicherheitsbehörden gab es im Mai 2025 in Oberösterreich aufgeschlüsselt nach Grenzübergängen?*
- *Wie viele Zurückweisungen illegaler Grenzübertritte seitens der deutschen Sicherheitsbehörden gab es im Mai 2025 in Salzburg aufgeschlüsselt nach Grenzübergängen?*

Im Mai 2025 wurden 83 Ankündigungen einer Zurückweisung durch die deutschen Behörden bei der Landespolizeidirektion (LPD) Oberösterreich dokumentiert, wobei in 70 Fällen eine unmittelbare Ablehnung der LPD erfolgte. Bei der Landespolizeidirektion (LPD) Salzburg wurden 261 Ankündigungen dieser Art dokumentiert, wobei in 134 Fällen eine unmittelbare Ablehnung durch die LPD erfolgte.

Eine statistische Aufschlüsselung von Aufgriffen nach Grenzübergängen wird nicht geführt. Die Zahl der Aufgriffe im Gesamtgebiet der Bundesländer Salzburg und Oberösterreich in diesem Zeitraum betrug 263 und ist damit im Vergleich zum Mai 2024 um 25,5 % gesunken, wobei die Hauptnationalitäten Türkei, Bosnien und Herzegowina und Afghanistan waren.

Zur Frage 3:

- *Wie viele illegale Grenzübertritte wurden im Mai von Tschechien nach Österreich (etwa durch Schleierfahndung etc.) registriert?*

Im Mai 2025 wurden in sieben Fällen seitens der Landespolizeidirektion Oberösterreich und in 39 Fällen seitens der Landespolizeidirektion Niederösterreich Anzeigen wegen unrechtmäßiger Einreise erstattet. Die Hauptnationalitäten waren Nordmazedonien, Serbien und Rumänien.

Zur Frage 3a:

- *Bei wie vielen dieser Personen konnte nachvollzogen werden, dass sie zuvor versucht hatten über Tschechien nach Bayern einzureisen?*

Entsprechende Statistiken werden nicht geführt.

Zu den Fragen 4 und 5:

- *Nach Ihrem Treffen mit dem deutschen Innenminister Dobrindt haben Sie erklärt, dass es aktuell weniger illegale Grenzübertritte zwischen Österreich und Deutschland gibt. Wie viele Zurückweisungen hat es bis zum 17. Mai 2025 an den Bundesgrenzen zwischen Deutschland und Österreich durch die deutschen Behörden gegeben?*
- *Wurden jene Personen, die von den deutschen Bundesbehörden zurückgewiesen wurden, in Österreich als Asylwerber registriert?*
 - a. *Wenn nein, wo wurden diese registriert?*
 - b. *Wenn nein, wurden die Zurückgewiesenen aus dem österreichischen Bundesgebiet abgeschoben?*
 - c. *Wenn nein, warum nicht?*
 - d. *Wenn nein, wurde bei diesen Personen ein Dublin-Prüfverfahren eröffnet?*

In Österreich wurden von den deutschen Behörden für den Zeitraum vom 7. Mai 2025 bis einschließlich 17. Mai 2025 224 Zurückweisungen angekündigt. Vier Personen haben in diesem Zeitraum einen Antrag auf internationalen Schutz nach einer Zurückweisung aus Deutschland auf österreichischem Staatsgebiet gestellt.

Zur Frage 6:

- *Welche rechtlichen Konsequenzen ergeben sich für die Republik Österreich aus dem Urteil der 6. Kammer des Verwaltungsgerichts in Berlin, wonach die Zurückweisungen an den deutschen Bundesgrenzen rechtswidrig seien?*

Die Erteilung von Rechtsauskünften fällt nicht unter das parlamentarische Interpellationsrecht.

Gerhard Karner

